

Neue sicherheitspolitische Herausforderungen Südosteuropa

REGIONALE SICHERHEITSKONFERENZ ORGANISIERT VON RACVIAC, DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG UND DEM GEORGE C. MARSHALL ZENTRUM IN KROATIEN IN RAKITJE VOM 10. BIS 12. DEZEMBER 2014

Der stellvertretende Direktor von RACVIAC-, Brigadegeneral, **Zdravko Jakop** eröffnete die Konferenz und äußerte dabei seine Zufriedenheit über die Tatsache, dass solche Konferenzen in jüngster Zeit in Zusammenarbeit mit der Konrad-Adenauer-Stiftung und dem George C. Marshall Zentrum in Kroatien organisiert werden können. Diese Konferenzen böten den Vertretern der Sicherheitsorgane verschiedener südosteuropäischer Länder die Möglichkeit über Verbesserungen der sicherheitspolitischen Zusammenarbeit zu sprechen. Der Direktor des George C. Marshall Zentrums in Kroatien, **Smiljan Čubelić**, sprach dann über die veränderten sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen in der Region und die Herausforderungen, die damit verbunden seien. Zugleich betonte er, dass bei solchen Konferenzen vor allem auch über Sicherheitsfragen diskutiert werden müsse.



Der Leiter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Kroatien, **Dr. Michael A. Lange**, gab in seinen einleitenden Bemerkungen einen kurzen Überblick über die Aktivitäten der Stiftung im Themenfeld Sicherheit, und die

in Zusammenarbeit mit RACVIAC und dem George C. Marshall Zentrum getätigten Anstrengungen in Kroatien. Er betonte die Bereitschaft der KAS, solche Aktivitäten auch in Zukunft zu unterstützen, um damit den Dialog über Sicherheitsthemen mit besonderem Akzent auf Südosteuropa, zu intensivieren.



In seiner Grußadresse unterstrich der deutsche Botschafter in Kroatien, **S.E. Hans Peter Annen**, die Bedeutung solcher Konferenzen über Sicherheitsfragen. Er verwies darauf, dass der Beitritt Kroatiens in die EU und zur NATO eine wichtige Voraussetzung für die weitere Stabilisierung in der Region gewesen sei. Deutschland versuche durch die Organisation verschiedener bi- und multilateralen Treffen in Berlin, aber auch durch unterstützende Aktivitäten in der Region, den Ländern zu helfen, ihre sicherheitspolitischen Schwerpunkte zu setzen. Der Besuch der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel auf Einladung der Staatspräsidenten Kroatiens und Sloweniens als Ehrengast an den Gipfel der acht Westbalkanstaaten teil-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

KROATIEN

DR. MICHAEL A. LANGE

Dezember 2014

www.kas.de

zunehmen sei das letzte, erfolgreiche Beispiel für diese Bemühungen.

Der Leiter der Abteilung für Verteidigungspolitik und Planung des kroatischen Verteidigungsministeriums, **Tomo Radičević**, begrüßte im Namen des Verteidigungsministeriums zuerst einmal alle Konferenzteilnehmer. Er betonte die Wichtigkeit der Zusammenarbeit und des Dialogs mit den anderen Staaten in der Region und versprach weitere Unterstützung auf deren Weg in die Euroatlantische Integrationen.

Der Vertreter des kroatischen Innenministeriums, **Zoran Nimčev**, berichtete über die bisherigen Erfahrungen mit der Zusammenarbeit zwischen den Nachbarländern. Dabei unterstrich er die Tatsache, dass die Länder in der Region sehr von den aktuellen Entwicklungen der wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Lage in der Ukraine beeinflusst würden.

Als erster Hauptsprecher stellte dann der deutsche Brigadegeneral a.D. **Dr. Klaus Wittmann** alle aktuellen Sicherheitsherausforderungen, mit einem besonderen Akzent auf die Ukraine, vor. Aus seiner Sicht seien die jüngsten russischen Aktivitäten eine Reaktion auf die Ausdehnung der NATO.



Er unterstrich seine Überzeugung, dass der russische Präsident Putin keine Angst vor der NATO, sondern vor seinem eigenen Volk habe. Seiner Meinung nach sei es Putins Ziel, die Muskeln spielen zu lassen und zu zeigen, dass Russland in den internationalen Beziehungen wieder als ein wichtiges Land respektiert werden muss. Er meinte, dass die EU zusammen mit den Vereinigten Staaten klare Bedingungen für die Rückkehr Russlands auf die Weltbühne setzen und viel härter mit Russland ins Gericht gehen solle.

Im ersten Panel mit dem Titel: „Neue Sicherheitsprobleme in Europa“ sprach **Dr. Markus Kaim**, der Forschungsgruppel Leiter für Sicherheitspolitik der Stiftung Wissenschaft und Politik (SWP) über die jüngsten Entwicklungen in Nord- und Zentralafrika, dem Nahen Osten und in der Ukraine. In diesem Zusammenhang betonte er seine Überzeugung, dass jede Krisensituation außerhalb der EU die 28 EU-Mitgliedsstaaten im Innenverhältnis näher bringen würde.



Die EU werde, nicht zuletzt wegen der zahlreichen Probleme in den Nachbarländern, ein immer wichtigerer Akteur in den internationalen Beziehungen. Zum Schluss unterstrich er die Notwendigkeit zur Gründung eines supranationalen Krisenstabs innerhalb der EU, z.B. in der Form eines eigenen EU Kommissars für Sicherheitsfragen.

Nach ihm verwies der Sicherheitsexperte des Kroatischen Instituts für Entwicklungspolitik und Internationale Beziehungen, **Dr. Sandro Knezović** auf die unterschiedlichen Stellungen zur Krise in der Ukraine in den west- bzw. osteuropäischen Ländern. Er beschrieb die Entscheidungsprozesse in der EU als zu lang und zu kompliziert, da jedes Mitgliedsland eigene Vorstellungen und Interessen habe und diese auch verfolge. Die Wirtschaftskrise in den osteuropäischen Ländern vertiefte dabei noch diese Unterschiede in der Beurteilung der Entwicklungen.

Der Berater des bosnisch/herzegowinischen Verteidigungsministeriums, **Marinko Šiljegović**, beleuchtete die schwierigen Sicherheitslage seines Landes, aufgrund der jüngsten Entwicklungen in der Region in Gestalt neuer Bedrohungen wie dem Cyber-Terrorismus, der Energie- und Lebensmittel-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

KROATIEN

DR. MICHAEL A. LANGE

Dezember 2014

www.kas.de

telversorgung, der Korruption und der Suche nach Sicherheit vor Lauschangriffen. Der Leiter der Abteilung für Verteidigungspolitik und Planung des Kroatischen Verteidigungsministeriums, **Tomo Radičević** beschrieb die Haltung aus Sicht des neuen EU-Mitgliedslandes Kroatiens. Es bestehe die potenzielle Gefahr, dass der russische Präsident Putin in der Region, und dabei vor allem in Serbien und BuH, seinen Einfluss verstärken wolle. Man könne dem nur mit einer proaktiven Politik der EU und mehr Anwesenheit in diesen Ländern begegnen. Die einzige Garantie für Stabilität und Sicherheit in der Region sei eine permanente Weiterentwicklung der Zusammenarbeit oder ein EU-Betritt aller Balkan-Länder.



Das zweite Panel zum Thema: Energiesicherheit in Südosteuropa, eröffnete **Dr. Frank Umbach**, der Forschungschef des Europäischen Zentrums für Energie- und Ressourcensicherheit (EUCESRS) am Londoner King's College mit einem Vortrag über die Herausforderungen der europäischen Energieversorgungssicherheit. Er beschrieb das Bemühen um mehr Energiesicherheit in Europa als das Streben nach einer Balance zwischen drei Aspekten: der Sicherheit der Versorgung durch GAS-Lieferabkommen mit Moskau, wachsender Wettbewerbsfähigkeit auf der Grundlage des „Lissabon-Vertrags“ und den zu berücksichtigenden Klimaänderungen und Zielen nachhaltiger Entwicklung aus dem „Kyoto Protokoll“. Dann stellte er alle existierenden sowie potentiellen Versorgungskanäle und Lagerungsmöglichkeiten in Europa dar und verglich die russischen, amerikanischen und arabischen Produktionskapazitäten. In seinem Schlusswort betonte er die Notwendigkeit der Gründung einer Energie-Union innerhalb der EU.

Der Vertreter des deutschen George C. Marshall Zentrums in Garmisch-Partenkirchen, **Alessandro Scheffler**, beschrieb die wichtigsten Aspekte der Energieversorgung aus amerikanischer Sicht. Ein großer Vorteil für Amerika sei die, im Gegensatz zur EU, fast absolute Energieunabhängigkeit des Landes während in Europa eine substantielle Abhängigkeit wichtiger Branchen vom Energieimport aus bzw. Warenexport nach Russland bestehe. Dann befasste er sich noch mit der Emission von CO₂ sowie der Abhängigkeit Europas von der Kohle sowie der Notwendigkeit die Investition in erneuerbare Energiequellen als alternativquellen und gewisse Garantie der Energieunabhängigkeit zu stärken.

Der Berater des albanischen Ministeriums für Energie, **Ernea Kakrakaci**, stellte danach die Energiepolitische Strategie Albaniens, mit ihrem besonderen Schwerpunkt auf erneuerbare Energien vor. Die Energieproduktion finde zurzeit vor allem in Wasserkraftwerken statt, es werde aber auch viel in Entwicklungsstudien (Solar, Wind, Biomasse und Geometall) investiert.

Die Beraterin des kroatischen Wirtschaftsministeriums **Sabina Škrtić**, erläuterte die neue kroatische Energiepolitische Strategie und die konkreten Zukunftspläne in Richtung auf mehr Energieeffizienz und erneuerbare Energien. Sie meinte, dass nach dem Baustopp der South-Stream-Pipeline ein Bau des LNG-Terminals auf der Insel Krk nun immer wahrscheinlicher werde.



Im dritten Panel mit dem Titel „Migrationen – Herausforderungen für die EU“ berichtete die italienische Botschafterin in Kroatien, **S.E. Emanuela D'alessandro** über die italienische Erfahrungen mit Flüchtlingen, die

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

KROATIEN

DR. MICHAEL A. LANGE

Dezember 2014

www.kas.de

über das Mittelmeer ins Land strebten. Der Ansatz der italienischen Regierung hieße „Mare Nostrum“ und sei eine italienische Operation zur Rettung von Flüchtlingen.



Zukünftig solle jedoch die Grenzschutzagentur der Europäischen Union „Frontex“ zunehmend die Aufgaben von „Mare Nostrum“ übernehmen. Das dann entstehende „Frontex Plus“ bedeute eine Art Upgrade der bisherigen Überwachungseinsätze der europäischen Grenzschützer. Es sei ein wichtiges Projekt für Europa, weil bis heute über 40.000 Menschen bei dem Versuch über Italien in die EU zu kommen, gestorben seien. Das Mitglied des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP), **Filip Dragović** sprach danach über die gesamte Palette von Grenzproblemen Kroatiens. Diese beinhalte illegale Migrationen, wie sie sich etwa im Bereich organisierter Kriminalität (Drogen und Menschenhandel) zeige und in Zukunft auf die kroatischen Grenzbehörden in noch größeren Umfang zukommen werden. Er wies darauf hin, dass die EU im Moment monatlich über 10.000 Migranten erreichte und dass die EU außer der Gewährung von Sozialhilfe und Migrantenzuschüssen den Menschen auch Ausbildung und Beschäftigung anbieten müsse, um ihren Integrationsprozess zu fördern.

Elvira Jakopinec Lacković aus der Abteilung Zollüberwachung des kroatischen Innenministeriums und ihre serbische Kollegin **Ivana Mcilwaine** diskutierten dann über den neuen FRONTEX Lagebericht über die Region und stellten die Erkenntnisse dieser Lagebeurteilung zur Diskussion. Frau **Mcilwaine** beschrieb die Arbeit des serbischen Zolls und die bisherigen Erfolge in der Bekämpfung des dortigen Drogenschmuggels und der Geldwäsche.

Frau **Jakopinec Lacković**, lobte die bisherige regionale Zusammenarbeit, z.B. mit den Polizeibehörden der Nachbarstaaten. Des Weiteren berichtete sie von den immer stärker wachsenden Flüchtlingsströmen, die auf der bekannten bzw. berüchtigten „West-Balkan Flüchtlingsroute“ über Kroatien das Territorium der Europäischen Union zu erreichen versuchen.

Am zweiten Konferenztag ging es in einem ersten Panel um die Folgen der Finanzkrise für die militärischen Fähigkeiten der europäischen NATO Mitgliedstaaten. Der kroatische Verteidigungsminister a.D. und MdP **Dr. Davor Božinović** beschrieb die neuen gefährlichen Entwicklungen in Europa, und dabei vor allem die Tatsache, dass immer mehr junge Leute aus der EU und dem kroatischen Nachbarländern, wie Bosnien und Herzegowina, zum „Islamischen Staat“ gehen. Wichtig dabei sei, schon jetzt darüber nachzudenken, was passiert, wenn sie wieder nach Europa zurückkommen. **Božinović** war auch der Meinung, dass die Sicherheits- und Verteidigungspolitik auf europäischer Ebene supranational bzw. einheitlicher sein sollte. Dieses, zusammen mit einem „Smart Defence Programm“ würde viel Geld sparen und gleichzeitig höhere Sicherheit garantieren. In Kroatien blieb die Höhe des Verteidigungsbudgets jedoch schon in den Jahren 2013 und 2014 gleich.



Der an die deutsche Botschaft delegierte Militärattaché, **Jörg Rauber**, unterstrich in seinem Vortrag die Notwendigkeit mithilfe von Hi-Tec Ausrüstung, Ausbildung und Training sich auf aggressive Maßnahmen im Internet (Cyber-Terrorismus) vorzubereiten. Er sprach über die langjährigen Verringerungen der Verteidigungsbudgets in Europa,

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

KROATIEN

DR. MICHAEL A. LANGE

Dezember 2014

www.kas.de

weshalb Europa eher ein Faktor in der Friedensschaffung als eine Militärkraft sei.

Der Leiter des Planungsstabs im kroatischen Verteidigungsministerium, **Stjepan Domjanić**, verwies darauf, dass das kroatische Verteidigungsbudget verglichen mit 2009 heute um 30% geringer sei, wobei im Jahre 2014 mehr kroatischen Soldaten für den Kriseneinsatz wegen der Überflutungen in Slawonien mobilisiert werden mussten. Er betonte die Wichtigkeit der Ausbildung von Soldaten, die allerdings auch Geld koste und es zeige sich genau in solchen Situationen, wie wichtig es sei, in die Einsatzbereitschaft der Streitkräfte regelmäßig zu investieren.



Das letzte Panel der Konferenz behandelte die Schengenproblematik zu der die slowenischen DCAF-Repräsentantin, **Jelka Klemenc**, Kroatien wegen seines großen Annäherungsprozesses an den Schengenraum lobte. Vor dem Hintergrund ihrer eigene Organisation, beschrieb sie das PCCSEE als das wichtigste Instrument für

die Integration der südosteuropäischen Länder in den Schengenraum.

Der an die deutsche Botschaft delegierte Polizeibeauftragte, **Ringo Kutz**, berichtete über die aktuellen Aktivitäten im kroatischen Vorbereitungsprozess für die Schengen Mitgliedschaft. Er betonte, dass durch den Erfahrungsaustausch und die finanzielle Unterstützung durch Deutschland der kroatische Schengenbeitritt beschleunigt würde. Die Leiterin der Abteilung für die Grenzen-Kooperation im kroatischen Innenministerium, **Vesna Pleša**, berichtete dann von aktuellen Anstrengungen Kroatiens, um die Voraussetzungen für einen Beitritt zum Schengen-Raum zu erfüllen. Im Durchschnitt benötigten die EU-Mitgliedstaaten allerdings zwei bis acht Jahren, um alle Anforderungen zu erfüllen. Kroatien rechne noch damit, im Jahr 2015 den Beitrittsantrag zu stellen.

In der Abschlussitzung dankten die Vertreter der Veranstalter noch einmal allen Teilnehmern für ihre engagierten Beiträge und unterstrichen die Bedeutung solcher Konferenzen. Es ginge ihnen dabei vor allem um den gegenseitigen Meinungs austausch, der sich nur bei solchen Anlässen informell gestalten ließe und ermögliche, die Sichtweisen der verschiedenen Länder kennenzulernen bzw. auszutauschen.

